

Morsbach, 15.09.2005

Programm der BFM Morsbach (neu)

(verabschiedet in der Mitgliederversammlung am 21.04.04, ergänzt und aktualisiert auf der Mitgliederversammlung am 27.06.2005)

Die BFM hat ihren Namen ganz bewusst gewählt und ist durch ihren Namen bereits Programm:

Bürgerbewegung **F**ür **M**orsbach,

also eine politische Gruppierung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger aus und für Morsbach. Das heißt, die BFM macht Politik nur für die Gemeinde Morsbach (und zwar für alle Orte der Gemeinde Morsbach), ohne von Sach- und Personenzwängen von außerhalb abhängig zu sein.

Als einzige der politischen Gruppierungen Morsbachs ist die BFM unabhängig und überparteilich, grundsätzlich kann jede Bürgerin und jeder Bürger Mitglied der BFM werden, selbst wenn sie/er parteipolitisch gebunden ist.

Ziel der Politik der BFM ist vor allem das Verfolgen Morsbacher Interessen ohne Beeinflussung, Bevormundung, Abhängigkeit, Hörigkeit und damit verbundener Interessenkollisionen von außen. Im Mittelpunkt steht dabei das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde im Kontext der politischen Einheit Gemeinde Morsbach. Das wohlverstandene Bürgerinteresse ist gleichzeitig Bewertungs- und Entscheidungskriterium für unser politisches Handeln. Demnach ist es wichtig, **vor** kommunalpolitischen Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess bereits mit einzubeziehen, und zwar durch Aktionen vielfältiger Art (Unterschriftenaktionen, Informationsveranstaltungen, Befragungen, Hilfestellungen in Einzelfällen, Oppositionspolitik im Rat und den Ausschüssen etc.). Ständiger Ansprechort und -zeitpunkt sind die alle drei Wochen stattfindenden öffentlichen Fraktions- und Bürgergespräche, die vorher in der Presse und im Internet unter der Homepage der BFM ‚www.bfm-morsbach.de‘ angekündigt werden. Es gilt also nach wie vor, die Bürgerinnen und Bürger von Entscheidungsprozessen **vor** Abstimmungen bzw. Entscheidungen zu informieren und sie nicht erst nachher von ihrem ‚Schicksal‘ erfahren zu lassen.

Ein weiteres Informationsmedium sind die seit 10 Jahren erscheinenden BFM-Informationen, die über die Arbeit der BFM und Themenschwerpunkte im Gemeinderat informieren, gleichzeitig aber auch die Arbeit der BFM zur Kritik stellen. Die BFM ist die einzige politische Gruppierung in Morsbach, die kontinuierlich (und zwar 3- bis 4 mal pro Jahr) ihre Informationen herausgibt. Inzwischen sind wir bei der Ausgabe Nr. 36 angelangt.

Weiteres maßgebliches Kriterium für die Arbeit der BFM ist die sachlich-professionelle Vorbereitung der in der Gemeinde Morsbach sowie deren politischen Entscheidungsgremien zu treffenden Entscheidungen. Dies bedeutet sowohl personelle als auch sachliche Kompetenz für Entscheidungsinhalte und Entscheidungsorte der Gemeinde Morsbach. Durch Sachverstand von innen und ggf. von außerhalb ist die sachgerichtete und persönlich verantwortete Professionalität sicherzustellen. Dabei sind getroffene Entscheidungen immer von Zeit zu Zeit zu hinterfragen und auf ihre aktuelle Gültigkeit hin zu überprüfen.

Die vorstehenden Grundsätze stellen als solches ein in sich stimmiges Konzept kommunalpolitische Arbeit dar. Das Fehlen einer dieser wesentlichen Grundaussagen bei der kommunalpolitischen Verwirklichung wäre widersinnig und brüchig, das Handeln der BFM wäre dann nicht mehr schlüssig.

Als Beispiel für die Verschränkung der o.a. Grundsätze sei hier die Arbeit der BFM an der Lokalen Agenda beispielhaft dargestellt, und zwar in Form der Ablaufchronologie:

1. Diskussion und Beschluss im Vorstand der BFM, sich mit dem Thema ‚Lokale Agenda‘ zu befassen (nachdem vorher mehrfach zu Bürgergesprächen zur Findung kommunalpolitischer Kernthemen eingeladen worden war),
2. Einladung von Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern zur Information und Aufarbeitung des Themas,
3. Durchführung einer entsprechenden Informationsveranstaltung,
4. Verarbeiten der Ergebnisse in einer 5-seitigen Konzeption zur inhaltlichen und zeitlichen Umsetzung einer ‚Lokalen Agenda für Morsbach‘,
5. Diskussion und Beschlussfassung dieser Konzeption in einer bürgeroffenen Vorstands- und Fraktionssitzung,
6. Verfassen der Konzeption,
7. Antragstellung im Rat zur Beschlussfassung.

(Zwischenbemerkung: die Beratung über diesen Antrag ist vom Bürgermeister über ein Jahr lang verhindert und im Bauausschuss ständig verschoben worden; als schließlich der Bürgermeister mit einem sogen. ‚Marketing-Prozess‘ an die Öffentlichkeit trat, enthielt dieses viele Elemente unseres Konzeptes ‚Lokale Agenda‘. Die von uns vorgeschlagene Vorgehensweise wurde allerdings vollkommen auf den Kopf gestellt. Dass der Morsbacher ‚Marketing-Prozess‘ dann schließlich gegen ‚die Wand gefahren‘ wurde, hat auch mit der vollkommen falschen Vorgehensweise zu tun!)

So oder in ähnlicher Form sollten alle Grundsatzentscheidungen herbeigeführt werden.

Arbeitsschwerpunkte der BFM im kommunalpolitischen Bereich Morsbachs sind neben Entscheidungen, die aktuelles Handeln erfordern, vor allem die folgenden Themen- und Entscheidungsbereiche:

1. Haushalts- und Finanzpolitik der Gemeinde, Gebühren und Beiträge: die BFM geht hierbei nicht nur von kurzfristigen (d.h. das jeweilige Haushaltsjahr betreffenden) Entscheidungen aus, sondern versteht die Haushalts- und Finanzpolitik als mittel- und langfristige Entscheidungsebene. Insofern ist es auch nicht verständlich, dass der Haushaltsplan 2005 erneut keine –oder nur unwesentliche– Aussagen über die Haushalts- und Finanzpolitik und –lage der Gemeinde Morsbach für die folgenden 4 Jahre und darüber hinaus enthält; so ist auch erklärlich, dass dem Bürger/den Bürgerinnen ausführliche und auch unbequeme Aussagen zum Haushaltsausgleich (in den letzten Jahren nur durch massive Grundstücksverkäufe möglich! Frage: was passiert, wenn das Grundvermögen aufgebraucht ist?) vorenthalten werden. Es fehlen außerdem schlüssige Zukunftskonzepte über Finanzierungsmodi, Aussagen über Instandhaltungs- und Renovierungskosten gemeindeeigener Gebäude in Form von Unterhaltungsplänen, wie sie von der BFM seit Jahren gefordert werden. Ähnliches gilt für die Gestaltung der Gebühren und Beiträge in der Gemeinde: es werden teilweise Altlasten (wie beim Wasser und Abwasser) von Jahr zu Jahr nicht angepackt, bis dann irgendwann das große Erwachen, sprich eine sprunghafte Anhebung der Gebüh-

ren erfolgt. Auch in den Bereichen der Gebühren und Beiträge muss es möglich sein, eine mittel- und langfristig verlässliche Finanzkalkulation zu erstellen, auf welche die Bürgerinnen und Bürger vertrauen können. Im Bereich Abfallwirtschaft sind diese Gedanken von uns vor Jahren aufgegriffen und in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 aufgrund eines Antrages der BFM umgesetzt worden: aus einer außerordentlichen Zahlung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (BAV) ist eine Rückstellung über den Haushalt gebildet worden, die auf Jahre hinaus konstante Gebühren im Bereich des Abfallwesens garantiert. Die für 2004 erfolgte Kostenreduzierung in diesem Bereich resultiert ebenfalls aus Kostensenkungen beim BAV. Selbstverständlich haben wir die Weitergabe dieser Kostensenkung beantragt und im Rat mitgetragen; ebenfalls für 2005 konnten so die Abfallbeseitigungsgebühren stabil gehalten werden,

2. Bildungs-, Schul-, Schulentwicklungs- und Schulinvestitionsplanung der Gemeinde: allen in diesen Bereichen seit Jahren geforderten Diskussionen und Entscheidungen ist der Rat bisher nur durch einen Alibibeschluss nachgekommen, indem er das Thema Schulentwicklungsplanung seit dem Jahr 2003 zu einem ständigen Beratungspunkt im Haupt- und Finanzausschuss machte. Doch außer Vorträgen der SchulleiterInnen der Gemeinde sowie Bekanntgabe von gesetzlichen Vorgaben hat trotz unserer ständigen Vorhaltungen nichts stattgefunden. Wichtige Fragen aus diesem Bereich blieben unbeantwortet, ja wurden noch nicht einmal diskutiert, wie z.B. die Fragen nach dem Aussehen der zukünftigen Schullandschaft in Morsbach, der Qualitätssicherung an unseren Schulen, der Zügigkeit, der Ganztagsbetreuung, der Möglichkeit (oder Unmöglichkeit) einer gymnasialen Oberstufe in Morsbach, des zukünftigen Schulbusverkehrs, der Schulausstattungen, der Schulerhaltungen bzw. -erweiterungen usw. Zu all diesen Fragen und vielen weiteren fehlte bei der Mehrheit des Rates der Wille, sich mit ihnen zu beschäftigen, von Entscheidungen einmal ganz zu schweigen; und das Feld der Kindergarten- und vorschulischen Förderarbeit ist damit noch nicht einmal berührt; seit den letzten Kommunalwahlen im September 2004 scheint ganz allmählich ein Umdenkungsprozess auch bei der Mehrheit des Rates einzusetzen: zumindest ist man jetzt bereit, zumindest über Einzelaspekte Morsbacher Bildungsarbeit (z.B. Ganztagschule, Raumprogramme an Schulen, Schulentwicklungsplanung) zu diskutieren. Positiv ist auch anzumerken, dass nunmehr die seit Jahren schwelende Frage nach Schadstoffbelastungen im Bereich der Franziskusschule angegangen wird,
3. Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Beschäftigung mit sozialen Randgruppen in der Gemeinde: einem Antrag der BFM von 1999 zur Errichtung eines Netzwerkes wurde nicht entsprochen. Insofern sind im Rat und seinen Ausschüssen zur Zeit Initiativen zur Seniorenarbeit auch nur bruchstückhaft vorhanden. Die Beschäftigung mit sozialen Randgruppen ist in einer baulichen Maßnahme (Asylantenheim) erschöpft, bzw. findet lediglich im Bereich der gesetzlichen Vorgaben (Sozialhilfe, Obdachlose) oder als Reaktion auf Auffälligkeiten statt. Konzeptionelle Diskussionen oder gar Entscheidungen fehlen völlig. Im Bereich Kinder- und Jugendarbeit sind zwei begrüßenswerte Entscheidungen getroffen, die zum einen die finanzielle Förderung der freien Jugendarbeit (Jugendtreff Highlight) und die der Jugendarbeit der Vereine betreffen. Allerdings ist diese Förderung im Grunde genommen inhaltsleer, weil auch hier eine Konzeption in Form etwa eines gemeindeumfassenden Netzwerkes ‚Jugendarbeit‘ trotz mehrmaliger Beantragung unterblieben ist. Zum zweiten ist die Einrichtung eines Kinder- und Jugendrates zu begrüßen, der allerdings methodisch und inhaltlich kritisch zu betrachten ist. Zum einen sind Entscheidungsträger in diesem Gremium nur die 10- bis 16Jährigen, zum anderen erschöpft sich die Arbeit durch unprofessionelle Errichtung und Betreuung seitens der Verwaltungsspitze im wesentlichen im formalen Abhandeln von Sitzungen und deren Tagesordnung. Dass

- unter den Voraussetzungen viele Vertreter des Jugendrates den Sitzungen (zum Teil unentschuldigt) fernbleiben, ist leicht nachzuvollziehen,
4. Vereinsförderung in der Gemeinde, Sicherstellung der Tätigkeit der Musikschule: die Unterstützung und finanzielle Sicherstellung der Arbeit in den Vereinen ist eine wesentliche Voraussetzung für die kulturelle Vielfalt in Morsbach. Zu begrüßen ist, dass der dauerhafte Erhalt der Musikschule durch die Errichtung einer Stiftung gesichert erscheint. Ebenso wird die Sicherstellung der Jugendvereinsarbeit durch die Ansparung in einem Fond, aus dessen Erträgen dann später diese Arbeit allein bestritten werden kann, von uns nachhaltig unterstützt. Darüber hinaus sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die Vereinsarbeit durch finanzielle Zuwendungen, Zurverfügungstellung von Übungsstätten und Veranstaltungsräumen, Sachzuwendungen und unterstützende Begleitung zu sichern,
 5. Infrastrukturförderung von Gewerbe, Industrie, Handel, Bauen, Wohnen und Verkehr in der Gemeinde: auch in diesem Bereich fehlt es an einer umfassenden und schlüssigen Konzeption. Der von uns vorgelegte Antrag zur Lokalen Agenda wurde –wie oben schon erwähnt- nicht behandelt bzw. abgelehnt. Unser Antrag enthielt Ansätze zu einer Gesamtkonzeption, während der später initiierte Prozess ‚Morsbach Marketing‘ lediglich Zufallsbereiche zur Bearbeitung eröffnete und insofern den wichtigen Schritt zu einer Gesamtschau vernachlässigte. Wenn er auch Einzelergebnisse (Kurparkumnutzung, Kinder- und Jugendrat, Leerstandsmarketing) hervorbrachte und auch einen neuen Verein (Morsbach Marketing) zeitigte, so fehlt doch die von Grundsatzentscheidungen getroffene Ausrichtung völlig, ebenso das Verständnis für den inneren Zusammenhang der o.a. Bereiche und weiterer bereits angesprochener. Aussagen zur Wohngebietsentwicklung in Morsbach sind nur als kurzfristige Entscheidungen greifbar, eine langfristige Konzeption zur Gewerbestruktur- und -ansiedlung in Morsbach über das Gewerbegebiet Lichtenberg Nordwest hinaus sind nicht vorhanden, Einzelhandels-sicherung ist zwar thematisiert aber nicht zur Entscheidungsreife diskutiert, Gedanken zur Freizeit- und Wohnwertqualität fehlen vollständig (wenn man einmal von Schutzhütten und der Kurparkfrage absieht!), die bisher getroffenen Aussagen zur verkehrlichen Situation in Morsbach und der Gemeinde im Verkehrsverbund sind bruchstückhaft und ohne zukunftssträchtigen Wert; die Folge davon sind dann immer wieder aus dem Zusammenhang gelöste Diskussionen über Einzelfragen wie z.B. ‚Bahnverkehr ja oder nein‘ oder die Belastung Lichtenbergs durch den Durchgangsverkehr,
 6. Umwelt- und Naturschutz sollte in jedem Gemeinwesen Priorität genießen. Aus diesem Grunde haben wir in unserem Antrag zur Lokalen Agenda für die Gemeinde Morsbach diesem Thema breiten Raum und hohe Wertigkeit verliehen. Was dagegen in Morsbach in diesem Bereich abläuft, ist ein Skandal: haushaltsmäßig sind für das Jahr 2005 nur Beträge für ökologische Ausgleichsmaßnahmen bei Bauvorhaben und Projektmittel in Höhe von € 5.000 für Umweltmaßnahmen vorgesehen. Die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen sind gesetzlich vorgeschrieben, fußen also noch nicht einmal auf einer freiwilligen Entscheidung von Rat und Verwaltung. Anträge der BFM zu diesem Bereich werden seit Jahren blockiert (z.B. in gemeindeeigenen Gebäuden regenerative Energien zu verwenden), von konzeptionellen Ansätzen zur Erstellung einer Umwelt- und Naturschutzagenda für Morsbach ganz zu schweigen. Darüber hinaus ist eine Haltung gegenüber Umwelt und Natur im Rat und der Verwaltung zu beobachten, die mit Gleichgültigkeit nur milde bezeichnet werden kann. Dass ein Ratsbeschluss aus dem Jahr 1983, in Morsbach seitens des gemeindlichen Bauhofes keine Herbizide und Pestizide mehr einzusetzen, im Jahr 2002 gekippt wurde, ist dafür nur ein beredtes Beispiel.
 7. Sicherheitspolitische Fragestellungen und Entscheidungen berühren die Bürgerinnen und Bürger in zunehmendem Maße. Das betrifft u.a. die ‚Klübchenbil-

derung' von Kindern und Jugendlichen an verschiedenen Orten in der Gemeinde und äußert sich vor allem in Lautstärke bis in die späten Nachtstunden sowie in der aggressiven Verhaltensweise gegenüber Passanten und Anwohnern. Hier unterstützt die BFM alle Maßnahmen, die zu einem gedeihlichen Miteinander führen (s.o. auch Jugendarbeit), schließlich und endlich aber auch die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Beseitigung der Störungen im öffentlichen und privaten Umfeld. Bedauert wird dabei von uns, dass durch die rückschrittliche Personalpolitik des Landes NRW im Polizeibereich die Präsenz der Ordnungsorgane vor Ort kaum noch gegeben ist.

Ein weiterer Bereich der Sicherheit betrifft den Brandschutz. Dieser ist nach sach- und fachkundiger Auskunft zur Zeit nicht gewährleistet. Über die Anschaffung eines Wechselladerfahrzeuges (mit Behälter Schaummittel und Schlauch) hinaus fordern wir die Anschaffung einer Kraftfahrdrehleiter, um damit den Brand- und Katastrophenschutz in der Gemeinde Morsbach sicherzustellen.

Vorrangige Arbeitsfelder der BFM für die nächsten Jahre bleiben neben den oben bereits genannten und der aktuellen Tagespolitik vor allem:

- Umwelt- und Naturschutz (ökologische Komponente)
- Jugend-, Schul- und Bildungspolitik, Netzwerk Jugend/Senioren/Vereine (bildungspolitische und integrationsfördernde Komponente)
- Verkehrs-, Bau- und Strukturfragen (strukturelle und wirtschaftlich-ökonomische Komponente)
- Sozial- und Gesellschaftsfragen (sozial-gesellschaftliche Komponente)

.....

Abschließend bleibt festzustellen, dass die politischen Entscheidungsfelder diskussionsoffen und entscheidungsvariabel sind, insofern sie mit dem gesamt-konzeptionellen Rahmen der BFM-Programmatik vereinbar sind.